

Schwerpunkt Erster Sitzungstag im Juni-Landtag

Mehr Kindergeld und längere Blockzeiten: Landtag hält FBP-Vorschläge für prüfenswert

Postulat Der Landtag über-
wies das FBP-Postulat zur
Familienförderung gestern
mehrheitlich an die Regie-
rung. Mit allen Punkten wa-
ren die Abgeordneten zwar
nicht einverstanden, hielten
diese aber für prüfenswert.

VON DANIELA FRITZ

Die Postulanten luden die
Regierung in ihrem Vor-
stoss ein, die Finanzier-
barkeit einer Erhöhung
der Kinderzulagen aus der Famili-
enausgleichskasse (FAK) zu prüfen.
Ausserdem soll die Option geprüft
werden, den zusätzlichen Anteil
zur heutigen Zulage anstelle eines
monatlichen Bezugs als Gesamtbe-
trag in den ersten Lebensjahren des
Kindes zu beziehen. Weiter soll auch
geklärt werden, ob eine Indexie-
rung der Kinder- und Geburtszulage
für im Ausland lebende Kinder mit
staatsvertraglichen Regelungen kon-
form wären. Zu guter Letzt ist die
Ausweitung der Blockzeiten an Kin-
dergärten und Primarschulen von
7.30 bis 12.30 Uhr ein Kernelement
des Vorstosses.

Punkte, die einigen VU-Abgeord-
neten aus dem Koalitionsvertrag be-
kannt vorkamen. Auch eine von Ge-
sellschaftsminister Mauro Pedrazzi-
ni eingesetzte Arbeitsgruppe würde
sich bereits mit der Thematik ausein-
andersetzen. «Die Postulanten
müssen sich deshalb die Frage nach
dem Mehrwert ihres Postulats gefal-
len lassen», meinte etwa Fraktions-
sprecherin Violanda Lanter-Koller.
Es würden sich bereits viele Perso-
nen mit Verbesserungen der Rah-
menbedingungen für Familien be-
fassen, gab Johannes Hasler
(FBP) zu: «Leider hat dies
bisher zu wenig konkre-
ten Massnahmen ge-
führt. Und ich gehe
nicht davon aus, dass
in Kürze wesentliche
Massnahmen zu
hören sein werden.»
Der Koalitionsver-
trag sei ausserdem
zwar eine gute
Grundlage, die
Postulanten seien aber weiter-
gegangen und hätten einige Punkte
spezifiziert. So käme etwa nicht vor,



Die FBP-Abgeordneten Elfried Hasler und Johannes Hasler (von links) sind von den Vorteilen des Postulats überzeugt – die Bürgerpartei überzeugte schliesslich auch die Mehrheit im Landtag von ihrem Vorhaben. (Foto: M. Zanghellini)

dass bei einer Ausweitung der Block-
zeiten darauf geachtet werden sollte,
dass ein 50-Prozent-Pensum
möglich sein muss. Auch der DU-
Abgeordnete Thomas Rehak konnte
dem Vorstoss etwas Positives abge-
winnen, obwohl er gegen eine Über-
weisung war: Zumindest könne die
Arbeitsgruppe aus der Debatte sehr
guten Input ziehen.

Grosser Konsens bei Blockzeiten

Tatsächlich lieferte die zweistündige
Debatte sehr vielfältige Meinun-
gen zutage. Die meisten Abgeord-
neten konnten sich noch auf
die Ausweitung der Block-
zeiten einigen, dies
wurde überwiegend
positiv aufgenom-
men. Aber auch hier
gab es einige Beden-
ken: Während Her-
bert Elkuch (DU) die
Eingangszeit von 7.30
Uhr als zu früh für Kin-
dergartenkinder ansah,
orteten andere Abgeord-
nete dadurch Mehrkosten und hö-
heren Ressourcenaufwand. «Neben
all dem werden auch noch bestehen-

de Tagesstrukturen konkurren-
ziert», fürchtete Rehak. Auch Günter
Vogt (VU) bemängelte, dass beste-
hende Strukturen etwa in den Ge-
meinden nicht berücksichtigt wür-
den. Thomas Lageder (FL) hingegen
betonte, dass eine Verlängerung der
Blockzeiten «wichtig und richtig»
sei. Es sei auch klar, dass dies Kosten
verursache, «die Vorteile werden
diese aber auf jeden Fall übertref-
fen». Denn viele Eltern seien auf
zwei Einkommen angewiesen und
gezwungen, sich zu organisieren.
Deshalb sei es wichtig, hier Rahmen-
bedingungen zu schaffen.

Kritik übte der FL-Politiker hingegen
an der angedachten Erhöhung des
Kindergelds beziehungsweise einer
Flexibilisierung der Ausbezahlung.
Dies sei zwar auf den ersten Blick eine
verlockende Idee, aber neben
dem administrativen Aufwand sah
er noch ein weiteres Kontra: «Was
können sie beispielsweise mit zehn
Franken mehr pro Monat wirklich
verbessern? Sie können sich sicher
keinen Elternurlaub oder Betreu-
ungsurlaub finanzieren.» Zudem
würde eine nützliche Erhöhung der
Kinderzulagen die FAK auf kurz

oder lang sprengen, ergänzte Land-
tagsvizepräsidentin Gunilla Marxer-
Kranz (VU). Sie gab ausserdem zu
bedenken, dass viele Anspruchsbe-
rechtigte das zusätzliche Geld wohl
gleich beziehen würden. Bei Auslän-
dern sei es dann sehr schwer, Rück-
forderungen zu stellen, falls diese
einmal nicht mehr in Liechtenstein
arbeiten, fürchtete Elkuch (DU).
«Man kann da schon mit der Neidde-
batte kommen», entgegnete Wende-
lin Lampert (FBP). Dann ändere sich
aber gar nichts: «Dann geben wir
den 40 Prozent Ausländern zwar
nichts, aber den 60 Prozent Inlän-
dern eben auch nichts.»

Indexierung zumindest prüfen

Trotz dieses Einwands konnte sich
Elkuch sehr für eine Indexierung der
Zulagen für im Ausland lebende
Kinder erwärmen. Ihm ging da das
Postulat aber zu wenig weit, viel-
mehr müssten Verhandlungen mit
der EU angebahnt werden, um die
rechtlichen Hürden abzubauen.
Eben diese wiederum schreckten
viele Abgeordnete ab, sie vermutete,
dass dies aus EWR-rechtlicher
Sicht vermutlich nicht möglich ist.

Der stellvertretende Abgeordnete
Alexander Batliner (FBP) allerdings
verwies diesbezüglich auf ein
Rechtsgutachten aus Österreich, wo-
nach dies sehr wohl rechtens sein
soll. Zumal fordere die FBP eine In-
dexierung ja nicht prinzipiell, es ge-
he lediglich um die Prüfung, ob dies
mit den staatsvertraglichen Rege-
lungen vereinbar wäre – und welche
Auswirkungen dies hätte.

Der VU-Abgeordnete Christoph
Wenaweser gab der Regierung
schliesslich noch eine weitere Prü-
fung als «Fleissaufgabe» mit auf den
Weg: Sie solle auch Ausführungen
dazu machen, inwiefern das Kinder-
geld anhand der wirtschaftlichen
Leistungsfähigkeit der Bezüger aus-
bezahlt werden könnte. Denn das
«Giesskannenprinzip» wurde im
Landtag gestern ebenfalls kritisch
gesehen: «Dann hätten wir eine Ant-
wort auf eine immerwährende poli-
tische Diskussion.» Elfried Hasler
(FBP) bezweifelte allerdings, dass eine
Abkehr vom Giesskannenprinzip
so viel bringen würde. Denn zum ei-
nen hätte nur gut ein Prozent der
Bevölkerung ein Einkommen über
20 000 Franken. Und da solche Ein-
kommen meist erst im späteren Er-
werbsleben erzielt werden, wenn
die Kinder bereits erwachsen wä-
ren, liessen sich damit bei diesem
Rechenbeispiel gerade einmal
300 000 Franken pro Jahr sparen –
bei jährlichen Kindergeldauszahlun-
gen von 52 Millionen. Ausserdem ge-
stalte es sich schwierig, die wirt-
schaftliche Leistungsfähigkeit zu
überprüfen – insbesondere bei Aus-
ländern. Der administrative Auf-
wand sei nicht zu unterschätzen.

Lösungen brauchen Mehrheit

Trotz vieler Einwände überzeugte
die Absicht der Postulanten, die an-
gedachten Massnahmen zumindest
einmal eingehend zu prüfen, letzt-
endlich 20 Abgeordnete. So meinte
etwa der FL-Fraktionssprecher Ge-
org Kaufmann in Anspielung auf die
Kreativitätstheorie: «Der beste Weg
zu einer guten Lösung erfolgt über
die Prüfung ganz vieler Ideen.» Auch
Gesellschaftsminister Mauro Pe-
drizzini plädierte für die Prüfung.
Gerade in der Familienpolitik sei es
schwierig, mehrheitsfähige Lösun-
gen zu finden. Deshalb sei es wich-
tig, einzelne konkrete Ideen zu ver-
folgen, die mehrheitsfähig sind und
zudem für die meisten Familien ei-
nen Fortschritt bedeuten würden.

